

Die Mühen erweiterter Bürgerbeteiligung zur Weltausstellung EXPO 2000

1. Zur Vorgeschichte: Grundsatzentscheidungen zur EXPO 2000

Die EXPO-Bewerbung der Bundesrepublik Deutschland (1987)

1987 wurde die Idee geboren, daß in der Stadt Hannover eine Weltausstellung durchgeführt werden soll. Das Bundeswirtschaftsministerium gab im Jahr 1988 die offizielle Bewerbung Hannovers bekannt und 1990 stimmte das internationale Ausstellungsbüro B.I.E. der Bewerbung der Bundesrepublik Deutschland zu, die Weltausstellung im Jahr 2000 in Hannover auszurichten.

Entscheidung für den Standort Messe/Kronsberg (1991)

Im Jahr 1991 entschied sich der Rat der Stadt Hannover für den Standort Messe/Kronsberg als zukünftiges EXPO-Ausstellungsgelände. Unter dem Eindruck der damaligen akuten Wohnungsnot und im Hinblick auf die befürchtete verstärkte Nachfrage nach Wohnungen durch die EXPO-Entscheidung wurde parallel beschlossen, einen neuen Stadtteil auf dem Kronsberg zu entwickeln. Dieser neue Stadtteil liegt in der Nähe zum Weltausstellungsgelände und sollte der erwarteten, EXPO-bedingten Wohnungsbedarfsdeckung dienen und somit den hannoverschen Wohnungsmarkt entlasten. Geplant war auch die Durchführung einer internationalen Bauausstellung auf dem Kronsberg in direkter Nähe zum Weltausstellungsgelände als eine sog. EXPO-Siedlung.

Städtebaulicher und landschaftsplanerischer Ideenwettbewerb (1992)

Ein städtebaulicher und landschaftsplanerischer Ideenwettbewerb zur baulichen Entwicklung des Kronsberges und zur Gestaltung des Weltausstellungsgeländes wurde 1992 veranlaßt. Die neue Stadtbahnlinie D soll das Kronsberggebiet und das Weltausstellungsgelände erschließen.

Etwa 20.000 Bürgerinnen und Bürger aus den Stadtteilen Bemerode, Wülferode und Mittelfeld sind aufgrund der Standortentscheidungen und der damit bedingten ortsbezogenen Nähe direkt von den Planungen betroffen:

- Mittelfeld (ca. 8.000 Einwohner) weist mit seinen knapp 2.000 Sozialwohnungen die Merkmale eines sozialen Brennpunktes auf und grenzt direkt an das zukünftige Weltausstellungsgelände.

- Bemerode gilt als gehobenes Wohnquartier am Stadtrand mit ca. 11.000 Einwohnern und liegt westlich des Kronsberges.

- Wülferode ist ein Dorf mit ca. 800 Einwohnern östlich des Kronsberges, das seinen dörflichen Charakter aufgrund der Stadtrandlage „hinter dem Berg“ partiell bewahren konnte.

Eine Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die grundsätzlichen Entscheidungen betreffend der Bewerbung, der Standortfindung und der Wettbewerbsergebnisse fand bis zu diesem Zeitpunkt nicht statt.

Stadtweite Bürgerbefragung (1992)

Die Legitimation für die Durchführung der Weltausstellung holte sich der hannoversche Rat im Nachhinein 1992 mit einer stadtweiten Bürgerbefragung, bei der sich nur 51,5 % der Hannoveraner (Abstimmungsbeteiligung 61,7 %) für die Ausrichtung der Weltausstellung in Hannover aussprachen. Im Vorfeld der Bürgerbefragung wurde eine „Arbeitsgruppe Anwaltsplanung“ mit Klaus Selle und Sid Auffahrt eingerichtet, die den EXPO-kritischen Dialog durch eine unabhängige Informationsarbeit ermöglichen sollten.

Gründung von Bürgerinitiativen in den betroffenen Stadtteilen (1994)

Interessierte Bürgerinnen und Bürger suchten in Anbetracht der bevorstehenden umfangreichen Veränderungen und der damit einhergehenden Belastungen nach Möglichkeiten einer aktiven Mitgestaltung. Sie forderten eine intensive Bürgerbeteiligung bei der Planung und der baulichen Entwicklung des neuen Stadtteils Kronsberg und im Zusammenhang mit der Durchführung der Weltausstellung EXPO 2000.

1994 gründeten sich Bürgerinitiativen in den Stadtteilen: Das Bürgerforum Bemerode/Kronsberg, der EXPO-Treff Wülferode und der Arbeitskreis EXPO Mittelfeld e. V.. Ein wichtiger Anlaß für die Zusammenschlüsse der Bürgerinnen und Bürger war das eingeleitete Flächennutzungsplan-Änderungsverfahren zum Weltausstellungsgelände/Kronsberg. Im Verlauf dieses Verfahrens wurden über 100 Anregungen und Bedenken seitens der Bürgerinnen und Bürger eingereicht, von denen jedoch keiner von der Stadtverwaltung und den Politikern berücksichtigt wurden.

Dagegen hatte der Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg (SPD) den Bürgerinnen und Bürgern Hannovers 1991 noch eine „Bürgerbeteiligung, wie es sie auf der Welt noch nicht gegeben hat“ versprochen (Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 10. Juli 1995).

Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 10. Juli 1995: „Alles erst mal abgelehnt“

„Der große Frust in Bemerode kam im März dieses Jahres. Zu diesem Zeitpunkt beschloß die Ratsversammlung die Änderung des Flächennutzungsplanes für den Kronsberg und fällt damit die Grundsatzentscheidung für den Bau des neuen Stadtteils mit 6000 Wohnungen im Osten Bemerodes. Was die Bürger zu den Plänen zu sagen hatten, schien kaum zu interessieren: Der Rat folgte den Empfehlungen der Verwaltung und ließ mehr als 100 Bedenken und Anregungen zum Umfang der Bebauung, zur Verkehrs- und Infrastrukturplanung sowie zu Umweltfragen unberücksichtigt. „Unsere Vorstellungen sind komplett abgebugelt worden“, meint Thomas Cramer, Mitglied des Bürgerforums Bemerode/Kronsberg.

Das Forum, ein Zusammenschluß von engagierten Bürgern, Vereinen und Initiativen, ist im Mai 1994 aus einem Volkshochschularbeitskreis entstanden und hat sich vorgenommen, die Planungen für die Kronsbergbebauung kritisch zu begleiten. Die pauschale Ablehnung der Änderungsvorschläge für den F-Plan, an denen auch Cramer und seine Mitstreiter mitgearbeitet hatten, erschien ihnen als herbe Niederlage der Bürgerinteressen.

Die Bemeroder, deren Stadtteil durch den Wohnungsbau am Kronsberg und im bestehenden Ortsgebiet mittelfristig um 20.000 Menschen wachsen wird, sorgen sich vor allem um die Verkehrsentwicklung und die Infrastruktur. Mit dem Erschließungskonzept für die neue Wohnsiedlung sind sie nicht einverstanden: In der Anecampstraße, die als eine der Anbindungen vorgesehen ist, werde sich der Verkehr verdoppeln und damit den Ortskern Bemerodes unerträglich belasten. Die Planer hätten wenigstens die Option für einen Anschluß an die B65 offenhalten sollen. Die Nachbarn in Wülferode fühlen sich von der Verwaltung mit ihren Argumenten für eine Ortsumgehung nicht ernst genommen. Lösungen für den zu erwartenden Baustellenverkehr vermissen die Bewohner beider Stadtteile. Außerdem fehlen den Bürgern in den Planungen eine Schule der Sekundarstufe II und ausreichende Sportflächen. Die Kirchengemeinden fordern einen zusätzlichen Friedhof, und die Naturschützer hätten sich eine Reduzierung der Wohnbauflächen gewünscht.“

Ratsbeschluß zur erweiterten Bürgerbeteiligung (1995)

Der Rat der Stadt Hannover beschloß 1995 mit Zustimmung der Bezirksräte das Konzept einer „erweiterten Bürgerbeteiligung“ für die Stadtteile, welche direkt von den Auswirkungen der Planungen im Zusammenhang mit der Ausrichtung der Weltausstellung und der Bebauung des Kronsberges betroffen sind. Bestandteil dieses Konzeptes ist u. a. die Einrichtung einer Anwaltsplanung für die Bürgerinnen und Bürger der betroffenen Stadtteile im Südosten Hannovers. Daneben sieht das Konzept für den Bürgerdialog auf der gesamtstädtischen Ebene ein Stadtforum und einen Bürgeranwalt (Bürgerbüro Stadtentwicklung Hannover) vor. Ergänzend zur Anwaltsplanung auf der Stadtteilebene wurde auf Verwaltungsseite die Stelle eines sog. Stadtteilkordinators eingerichtet.

2. Das Bürgerbeteiligungsinstrument Anwaltsplanung

Die Anwaltsplanung hat in Hannover eine lange Tradition und wird seit Anfang 1970 erfolgreich vor allem in den Sanierungsgebieten der Altstadtquartiere angewendet. Die Anwaltsplanung ist eine Form der Bürgerbeteiligung, welche durch fachliche Beratung und Unterstützung die Bürgerinnen und Bürger in planerischen Aspekten berät und qualifiziert. Der Anwaltsplaner macht die Bürgerinnen und Bürger mit den planerischen Problemlagen vertraut und erarbeitet gegebenenfalls zusammen mit ihnen eigene Vorschläge, die in den Planungsprozeß eingebracht werden. Bürgerinnen und Bürger, welche Schwierigkeiten in der Formulierung ihrer Anliegen haben, werden durch den Anwaltsplaner in ihren Interessen gegenüber politischen Gremien, der Stadtverwaltung und Investoren vertreten.

Die praktische Arbeit besteht aus einer intensiven Kooperation zwischen den Bürgergruppen (Bewohner, soziale Minderheiten, Vereine) sowie der Verwaltung und der Politik, falls diese der Anwaltsplanung aufgeschlossen gegenüberstehen. Bei unterschiedlichen Meinungen hat die Anwaltsplanung die Aufgabe, den Diskussionsprozeß zu fördern und durch Moderation oder Mediation die anfallenden Schwierigkeiten lösen zu helfen. Der Anwaltsplaner soll divergierende Interessen ausgleichen und konstruktiv in das Planungsgeschehen einbringen.

Um einen hohen Beteiligungsgrad und das Vertrauen der Bürger zu erhalten, ist eine breite Öffentlichkeitsarbeit sowie die Herstellung und Pflege von Kontakten zu allen Planungsbeteiligten wichtig.

Grundsätzliche Voraussetzungen für eine funktionierende Anwaltsplanung sind die frühzeitige Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in den Planungsprozeß, eine größt-mögliche Transparenz des Planungsverfahrens, ein umfassender Informationsfluß, Planungs- und Entscheidungsspielräume sowie die weitgehende Unabhängigkeit des Anwaltsplaners. Da in Deutschland zumeist die Kommunen die Auftraggeber sind, kann die finanzielle Abhängigkeit von der Kommune zu Konflikten bei der Bürgerinteressenvertretung führen.

3. Anwaltsplanung in den von der EXPO 2000 betroffenen Stadtteilen

3.1 Startbedingungen

Später Beginn

Erst im Oktober 1995 konnte die Anwaltsplanung im Südosten Hannovers mit ihrer Arbeit beginnen, obwohl ihre Notwendigkeit bereits 1991 diskutiert und erkannt worden war. Zu diesem Zeitpunkt sind die Bebauungsplanverfahren weit fortgeschritten. Diese Verzögerung wurde von hannoverschen Politikern offiziell mit dem Hinauszögern von Grundsatzentscheidungen des Bundes zur EXPO begründet.

Die Bürgerinitiativen begrüßten die von ihnen seit langem geforderte Anwaltsplanung, obgleich bei vielen die Frustration über ihre bis dahin wenig erfolgreiche Beteiligung und ihre mangelnde Berücksichtigung bei den planerischen Grundsatzentscheidungen groß war. So war es auch nicht verwunderlich, daß bei einigen Bürgern Vorbehalte gegenüber der Anwaltsplanung geäußert wurden: „Feigenblatt der Verwaltung, Alibifunktion für die Politiker, Akzeptanzbeschaffungsmaßnahme“. Ein Mitglied aus dem Bürgerforum Bemerode kritisierte: „Auf dem Papier werden uns im Nachhinein schöne Modelle (gemeint ist das Bürgerbeteiligungsmodell der Stadt Hannover) vorgestellt, doch die planerischen Grundsatzentscheidungen sind schon längst gefallen“.

Der Bürgeranwalt für Hannover, Klaus Selle, sah die Situation ebenfalls kritisch: „Es gibt so gut wie keine Substanz mehr. Alles spricht dafür, daß Zeit- und Sachzwänge überwiegen. Chancen auf Mitarbeit gebe es jetzt nur noch bei der Umsetzung bereits festgeklopfter Planungen“ (Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 10. Juli 1995). Die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bürgerbeteiligung waren denkbar ungünstig.

Vertragliche Grundlagen

Der Aufgabenbereich der Anwaltsplanung wurde im Vertrag zur Anwaltsplanung mit der Stadt Hannover wie folgt festgelegt:

„Der Anwaltsplaner berät und unterstützt

- die von der Planung der Weltausstellung EXPO 2000 und von der Entwicklung des Stadtteils Kronsberg betroffenen Bürger besonders in den Stadtteilen Bemerode, Mittelfeld, Wülferode und in dem neuen Stadtteil Kronsberg und

- die Initiativen/Gruppierungen der o. a. Stadtteile, insbesondere auch im Rahmen von „Stadtteilforen“ in Bemerode und Mittelfeld

- in allen Angelegenheiten, die die Planung und Realisierung der Entwicklung des neuen Stadtteils Kronsberg und der Weltausstellung EXPO 2000 betreffen.

- Der Anwaltsplaner unterstützt hierbei in besonderer Weise den Prozeß der Bürgerbeteiligung. Er arbeitet eng mit bestehenden Bürgergruppen zusammen und gibt Hilfestellung bei der Organisation und der Strukturierung des Beteiligungsprozesses.

- In seiner Beratungstätigkeit soll der Anwaltsplaner auch Ergebnisse von Bestandsaufnahmen und Planungskonzepten aus dem sozialen, kulturellen und ökologischen Bereich einbeziehen.

- Seine Arbeit bestimmt der Anwaltsplaner unter Berücksichtigung der Belange der Bürger selbst.“

Der Anwaltsplaner arbeitet unabhängig von der Verwaltung, er wird aber von der Stadt Hannover beauftragt und finanziert. Die Stadt stellt der Anwaltsplanung für die Beteiligung und Betreuung der Bürgerinnen und Bürger in den drei Stadtteilen ganze 960 Stunden pro Jahr (entspricht einer halben Stelle) zur Verfügung. Dieses geringe Zeitbudget weist auf das halbherzige Engagement der Politiker in Sachen Bürgerbeteiligung zur EXPO hin.

3.2 Aktivitäten der Anwaltsplanung

Initiierung und Organisation von Bürgerforen

Ein zentraler Bestandteil der Anwaltsplanung ist die Initiierung und Organisation von Stadtteil- bzw. Bürgerforen. In Kooperation mit den ortsansässigen Bürgerinitiativen wurden für die Stadtteile Bemerode/Wülferode das Bürgerforum Kronsberg und für den Stadtteil Mittelfeld das Bürgerforum Mittelfeld gegründet. 1996 haben jeweils drei Forumsveranstaltungen stattgefunden, die von der Anwaltsplanung in Kooperation mit den Bürgervereinen vorbereitet und moderiert wurden.

Die ersten beiden Foren wurden jeweils mit großem Interesse angenommen (ca. 50-70 Teilnehmer), während sich bei den weiteren Foren die Teilnehmerzahl deutlich reduzierte (ca. 25-40 Personen). An den Foren nahmen auch Vertreter der Bezirksräte teil.

Arbeitsgruppen, Workshops, Exkursionen, Info-Veranstaltungen

Ein weiterer wesentlicher Bestandteil der Arbeit ist die Betreuung von thematischen Arbeitsgruppen, wobei sich die Zusammenarbeit mit den sozialen Institutionen aus den Stadtteilen (Gemeinwesenarbeit, Jugendzentrum, Altenwohnheim, Schulen etc.) als sehr vorteilhaft erweist. Die Bürger kommen regelmäßig in Arbeitsgruppen zusammen, diskutieren die jeweiligen Schwerpunktthemen und erarbeiten gegebenenfalls eigene Vorschläge zu stadtplanerischen Belangen.

Um eine kontinuierliche und inhaltlich fundierte Arbeit zu gewährleisten, übernimmt der Anwaltsplaner beispielsweise das Verschicken von Terminankündigungen, die Moderation von Sitzungen, die Beschaffung von Informationen sowie deren didaktische Aufbereitung, um die Inhalte und Aussagen für die Bürger verständlich aufzuarbeiten. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen werden festgehalten und an die zuständigen Gremien (z. B. Bezirksrat, Stadtverwaltung) weitergeleitet.

Eine inhaltliche Vertiefung von speziellen Themen wird durch das Angebot von Informationsveranstaltungen, Workshops und Exkursionen erreicht. Zu diesen Veranstaltungen werden Fachleute und Planer hinzugezogen.

Bürgerbüros in den Stadtteilen, Öffentlichkeitsarbeit

Für die Anwaltsplanung wurde in den Stadtteilen Beme-

rode und Mittelfeld jeweils ein Büroraum angemietet bzw. bereitgestellt. Diese Bürgerbüros stellen einen wichtigen Treffpunkt für Bürger, Arbeitsgruppen und Anwaltsplaner dar. Durch das Angebot von regelmäßigen Sprechzeiten steht der Anwaltsplaner den Bürgern vor Ort für Fragen und Anregungen zur Verfügung. Um die Bürger über neue Entwicklungen unterrichten und ihre Auffassungen in Planungsprozesse einbringen zu können, nimmt der Anwaltsplaner an Planungsworkshops und Wettbewerbsverfahren teil.

Anwaltsplanung ist dann erfolgreich, wenn die Person des Anwaltsplaners und seine Aktivitäten und Angebote im Stadtteil bekannt sind. Neben intensiven Kontakten zur Presse gehört dazu das Verteilen von Handzetteln, das Aushängen von Plakaten und die Präsentation der Arbeit an Infoständen z. B. auf Stadtteilstellen und Wochenmärkten. Die Veranstaltungen und Ergebnisse der Anwaltsplanung finden in den hannoverschen Medien eine relativ große Beachtung, vor allem natürlich in den betroffenen Stadtteilen selbst.

Kooperations- und Vernetzungsaktivitäten der Anwaltsplanung vor Ort

Bestandteil der Anwaltsplanung ist auch die Kooperation mit zwei Stadtbezirksräten. Aus diesem Anlaß wurde dem Anwaltsplaner innerhalb der Bezirksratssitzungen ein Rederecht eingeräumt. Er nimmt regelmäßig an den öffentlichen Sitzungen der Bezirksräte teil. Die Mitglieder der Bezirksräte werden zu den Arbeitsgruppen, Bürgerforen und anderen Aktivitäten eingeladen. Ein Informationsaustausch findet in der Regel statt. Durch die Möglichkeit, bei den Bezirksratssitzungen zu aktuellen Themen Stellung zu nehmen, können qualifizierte Anregungen und Bedenken der Bürger mit Hilfe der Anwaltsplanung unmittelbar in die politische Diskussion eingebracht werden.

Neben dem Zusammenwirken mit den Bezirksräten sind die Institutionen vor Ort wichtige Partner bei der Durchführung der Bürgerbeteiligung. Zu diesen Institutionen zählen beispielsweise die Stadtteilrunden, in denen aktive Institutionen, politische Gremien, Teile der Verwaltung und Vereine zusammentreffen sowie das Sozialforum Bemerode, welches sich besonders um die Belange der Kinder und Jugendlichen kümmert, auch im Hinblick auf die geplanten Infrastruktureinrichtungen im neuen Stadtteil Kronsberg.

Regelmäßiger Austausch findet ebenfalls zwischen der Gemeinwesenarbeit und der Anwaltsplanung statt. Dabei sind in erster Linie die sozialen Angelegenheiten des Stadtteils von Belang. Zu dem Stadtteilkoordinator, der als Mitglied der Verwaltung sich mit der Entwicklung der Wohngebiete auf dem Kronsberg und der Ausrichtung der EXPO 2000 im Rahmen der erweiterten Bürgerbeteiligung beschäftigt, besteht nur eine sporadische Zusammenarbeit. Diese besteht in erster Linie im Weiterleiten von Bürgeranfragen an die Verwaltung.

3.3 Themenbereiche

EXPO-spezifische Themen und Aspekte der Kronsbergentwicklung

Die Vorbereitung der Weltausstellung und die Entwicklung des neuen Stadtteils Kronsberg mit den sehr intensiven baulichen Aktivitäten bedingen Themenkomplexe, in denen die zu erwartenden Auswirkungen auf die angrenzenden Stadtteile behandelt werden

EXPO-spezifische Themen mit direktem Stadtteilbezug

Beeinträchtigungen

- zu erwartende Belastungen durch den EXPO-Verkehr
- Belastungen durch die umfangreichen Bauaktivitäten
- Belastung des Wohnungsmarktes
- Entschädigungs- und Enteignungsverfahren
- Zunehmende Kriminalität während der EXPO
- Verteuerung der Lebenshaltung in den angrenzenden Stadtteilen
- Belastung von Natur und Landschaft
- Veränderung von gewachsenen Wegebeziehungen

neue Möglichkeiten

- Entwicklung neuer Gewerbegebiete
- Schaffung neuer Infrastruktur
- Verkehrsberuhigungsmaßnahmen in den Stadtteilen
- EXPO-Projekte in den Stadtteilen in Zusammenarbeit mit den Stadtteilbewohnern (z.B. alternative Energieversorgung)
- Empfang und Betreuung der EXPO-Besucher (z.B. Führungen, internationales Lesecafe)

Zusätzliche Aspekte zur Entwicklung des neuen Stadtteils auf dem Kronsberg

- Siedlungserweiterung mit einer beträchtlichen Bevölkerungszunahme
- Problem eines umfangreichen Sozialwohnungbaus
- Zerschneidung gewachsener Strukturen durch die neue Stadtbahnlinie
- Art der baulichen Entwicklung
- Schaffung neuer Infrastruktur in allen Bereichen
- Vernetzung des alten mit dem neuen Stadtteil
- Formen neuen Wohnungsbaus mit hohen ökologischen Standards
- Neue Möglichkeiten der Naherholung

Stadtteilinteressen, welche über die EXPO 2000 hinausgehen

Obwohl die Anwaltsplanung in erster Linie EXPO- und Kronsberg-spezifische Themen behandelt, werden mit dem zunehmenden Bekanntheitsgrad der Anwaltsplanung auch andere Belange aus den Stadtteilen thematisiert, die nicht unmittelbar mit den Baumaßnahmen und deren Auswirkungen im Zusammenhang stehen.

Das Interesse auf Seiten der Bürger an den übergeordneten Planungen nimmt stetig ab, da sich die Planungen zur EXPO und zur Kronsbergbebauung über mehrere Jahre hinziehen und während eines längeren Zeitraums unkonkret bleiben. Umso mehr interessieren sie sich jedoch für die konkreten Belange im Stadtteil, welche das Alltagsleben direkt betreffen. Exemplarisch können hier folgende Themen genannt werden: Ortsbildverschönerung, Verkehrsberuhigung, Wohnumfeldverbesserung, soziale Situation und Infrastruktureinrichtungen.

Themen, welche die Bürger aktuell beschäftigen, lassen sich im Rahmen der Bürgerbeteiligung nicht inhaltlich ausgrenzen. Welche Themen und in welcher Weise von der Anwaltsplanung behandelt werden, ist letztendlich entscheidend für das wichtige Vertrauensverhältnis zwischen Bürgern und Anwaltsplaner. Allerdings können aufgrund des eingeschränkten Stundenkontingents nicht alle Belange bearbeitet werden. Dies ist prekär, da der Bedarf an planerischer Beteiligung und Betreuung sehr hoch ist.

Beispiele aus der konkreten Arbeit der Anwaltsplanung:

- Im Stadtteil Wülferode, der von dem Messeverkehr sehr stark belastet wird, wurde ein Verkehrsberuhigungskonzept entwickelt. Der von der Verwaltung vorgeschlagene Entwurf stieß bei den Bürgern auf Ablehnung. Aus diesem Grund erarbeiteten die Bürger Wülferodes in Zusammenarbeit mit der Anwaltsplanung ein neues Konzept, welches bei Politikern, Verwaltung und den Bürgern auf eine hohe Akzeptanz stößt.
- Im Stadtteil Mittelfeld, der alle Merkmale eines sozialen Brennpunktes aufweist, ist es gelungen, die Bürger im Bürgerforum Mittelfeld zusammenzuführen. Arbeitsgruppen wurden gebildet und durch deren Arbeit bei den Bürgern die Identität und das Verantwortungsbewußtsein für ihren Stadtteil gestärkt.
- Die Arbeitsgruppen der Stadtteilforen zeichnen sich durch eigenständigen Einsatz für ihren Stadtteil aus, so wurde beispielsweise die Aktion „Sauberes Mittelfeld“ ins Leben gerufen.
- Ein weiterer Erfolg für die Anwaltsplanung ist die geplante Einrichtung von drei Arbeitsstellen für eine Sozialwohnungssiedlung in Mittelfeld. Durch ihre Unterstützung soll eine Wohnumfeldverbesserung mit aktiver Mieterbeteiligung stattfinden.
- Durch die Zusammenarbeit von Gemeinwesenarbeit, Familienhilfe, Elternvertretern, Vertretern des Jugendzentrums und der Stadtteilbücherei sowie Bürgern und Anwaltsplaner wurde es möglich, einen Schulhof für die Kinder Mittelfelds zu öffnen sowie die Interessen der Kinder und Jugendlichen in bezug auf eine Skating-Anlage zu vertreten.
- Zur Lösung massiver Konflikte im Hinblick auf ein geplantes Wohnungsbauvorhaben innerhalb einer bestehenden Einfamilienhaussiedlung wurde ein „Runder Tisch“ eingerichtet. Die Bewohner lehnten das Bauvorhaben ab, während politische Vertreter und die privaten Träger das Vorhaben begrüßten. Die Anwaltsplanung wurde als neutraler Vertreter hinzugezogen. Durch eine Reduzierung der Wohneinheiten und eine gestalterische Überarbeitung der Gebäude konnte ein Kompromiß gefunden werden.

3.4 Die EXPO GmbH und das Thema Bürgerbeteiligung

Der Gründungsvertrag

Die Aufgabe der EXPO GmbH umfaßt die Vorbereitung und Durchführung der Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover. Im Gründungsvertrag der Weltausstellungsgesellschaft steht zwar im § 15 Absatz 4: „Die EXPO-Gesellschaft wird Anregungen und Ideen aus der Bürgerbeteiligung (z. B. EXPO-Forum und Anwaltsplanung in der Landeshauptstadt Hannover und regionale Arbeitskreise) in ihre Entscheidungsfindung angemessen einbeziehen“. Aber bisher hat die EXPO-GmbH die Einwohner der angrenzenden Stadtteile mit ihren Ängsten und Sorgen, aber auch mit ihren Ideen und ihrer Mitwirkungsbereitschaft konsequent ignoriert. Im Hinblick auf die inhaltliche Durchführung des Großprojektes Weltausstellung fand bisher keine direkte Bürgerbeteiligung statt. Das Potential, welches durch die Einbeziehung der Bürger Hannovers in das Konzept der EXPO vorhanden wäre, wird nicht wahrgenommen. Stattdessen existierten bisher im Blickfeld der EXPO-GmbH hauptsächlich globale Strukturen und das Geld der Wirtschaft.

Dialogpartner

Nachdem die EXPO-GmbH im Laufe des Jahres 1996 sogenannte Dialogpartner eingestellt hat, die u. a. auch für die Belange der Bewohner Hannovers als Ansprechpartner dienen sollen, stellte sich die EXPO-GmbH auf den in den Stadtteilen stattfindenden Bürgerforen vor. Diese erste Vorstellung der EXPO-GmbH hinterließ bei den meisten Bürgerinnen und Bürgern eine Menge Skepsis, vor allem in Bezug auf die zu erwartenden Belastungen für die Bürger der Stadt Hannover während der Veranstaltungsdauer von 5 Monaten. Trotzdem oder gerade deswegen wollen die Bürgerinnen und Bürger dies als ersten Schritt ansehen und streben den Aufbau eines konstruktiven Dialoges an.

Mitwirkungsbereitschaft der Bürger

Die nächsten Monate werden zeigen, inwieweit nach der durch die Anwaltsplanung initiierte Kontaktaufnahme mit der EXPO-GmbH eine Kooperation und Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger möglich sein wird. In den angrenzenden Stadtteilen sind die Bürger jedenfalls nicht bereit, nur die negativen Auswirkungen der Weltausstellung zu ertragen. Sie wollen im Gegenzug positive Veränderungen für ihre Stadtteile, z. B. im Verkehrsbereich, in der sozialen Infrastruktur und im Wohnumfeld. Das Interesse der Bürger an einer konstruktiven Mitwirkung geht sehr weit. So möchten sie die Besucher aus der ganzen Welt in ihrem Stadtteil begrüßen und ihnen z.B. alternative Energieversorgungen vorstellen. Ein anderes Bürgerprojekt möchte die jugendlichen Gäste in einem internationalen Jugendzentrum betreuen.

Hannoversches Wochenblatt, 16.04.1997:

„Was bringt die EXPO für Mittelfeld?“

„MITTELFELD. Mit unverhohlener Kritik an den offensichtlichen Schwierigkeiten, das Motto „Mensch - Natur - Technik“ der Weltausstellung 2000 mit Inhalten zu füllen, hat sich der Arbeitskreis Expo Mittelfeld an die für die Planungen des Großereignisses zuständigen Stellen gewandt. Dabei liegt ein mögliches Expo-Projekt direkt vor den Toren des Ausstellungsgeländes.

Den Hannoveranern, heißt es in dem Schreiben, dränge sich seit Jahren der Eindruck auf, daß es den Gestaltern der kommenden Weltausstellung an Einfällen zur Darstellung des Expo-Themas fehle. Mittelfeld biete demgegenüber mit dem 1949/50 entstandenen Viertel zwischen Beuthe-ner-, Glatzer-, Gleiwitzer- und Garkenburgstraße ein Quartier, an dem sich den Menschen aus der ganzen Welt demonstrieren ließe, wie die Sanierung alter Bausubstanz mit modernen Techniken naturverträglich durchgeführt werden könne. Maßnahmen, mit denen der Verfall eines Stadtteils gestoppt würde, und die als Pilotprojekt für ähnliche Quartiere auf der ganzen Welt erhalten könnten.

Hinter diesem Vorstoß des Mittelfelder Arbeitskreises steckt der seit langem aus dem Stadtteil heraus formulierte Wunsch, als unmittelbarer Nachbar des Weltausstellungsgeländes auch Nutznießer der Expo 2000 zu sein. Daß die Expo GmbH in dieser Hinsicht, also der räumlichen und funktionellen Einbindung Mittelfelds in das Geschehen der Weltausstellung, noch keinerlei Überlegungen angestellt hat, zeigte sich erneut auf der jüngsten Sitzung des Bür-

gerforums Mittelfeld. Expo-Dialog-Partner Frank Müller konnte den Mittelfeldern lediglich Arbeitsplätze während der Weltausstellung und die Möglichkeit, Wohnraum zu vermieten, in Aussicht stellen.

Daß die Expo-Macher ihr Augenmerk auf Mittelfeld richten und den Stadtteil in irgendeiner Form in das Geschehen einbeziehen, wird denn auch von Anwaltsplaner Manfred Joppke bezweifelt. Bislang, so Joppke, habe man sich dort keinerlei Gedanken gemacht, wie man mit den Bürgerinitiativen zusammenarbeiten könne. Joppke: „Der Eindruck drängt sich auf, die interessiert nur, was innerhalb des Zaunes passiert.“

3.5 Restriktionen der Anwaltsplanung

Informationsbeschaffung

Für das Gelingen aller Partizipationsbemühungen ist es wichtig, frühzeitig und umfassend alle Informationen über Planungen, neue Projekte und Initiativen zu erhalten und den Stadtteilbewohnern zur Verfügung zu stellen. Dies erweist sich jedoch oftmals als äußerst problematisch: die Anwaltsplanung muß Kontakte aufbauen, sich bemerkbar machen und dabei teilweise sehr energisch auftreten, damit sie am Informationsfluß aus der Verwaltung und den politischen Gremien teilhaben kann.

Inhalte der ersten Bürgerforen

1. Bürgerforum Mittelfeld:

- Vorstellung des Konzeptes der erweiterten Bürgerbeteiligung der Stadt Hannover
- Diskussion von Themenschwerpunkten und Bildung von Arbeitsgruppen (AG Kinder und Jugendliche, AG Verkehr und Umwelt, AG Weltausstellung)
- Namenswahl für den neuen Stadtteilplatz in Mittelfeld („Brunnentreff Mittelfeld“)

2. Bürgerforum Mittelfeld:

- Vorstellung und Bericht der Arbeitsgruppen
- Aufruf zu einer Bürgeraktion „Sauberes Mittelfeld“
- Bericht der GBH zu Wohnumfeldverbesserungsmaßnahmen im Mittelfelder Wohnungsbestand
- Forderung einer ABM-Kraft für die Wohnumfeldverbesserung
- Initiierung eines Stadtteilrundganges

3. Bürgerforum Mittelfeld:

- Bericht der Arbeitsgruppen
- Forderung einer Half-Pipe / Skating-Bahn für Mittelfeld
- Erläuterung der Ergebnisse des Stadtteilrundganges
- Vergabe von „Arbeitsaufträgen“ an die Forumsteilnehmer für Verbesserungsmaßnahmen

1. Bürgerforum Kronsberg:

- Vorstellung des Konzeptes der erweiterten Bürgerbeteiligung der Stadt Hannover
- Diskussion von Themenschwerpunkten und Bildung von Arbeitsgruppen (AG Soziales und Kultur, AG Wülferode, AG Weltausstellung)

2. Bürgerforum Kronsberg

- Vorstellung und Bericht der Arbeitsgruppen
- Vorstellung der Workshopergebnisse zum geplanten Stadtteilzentrum Kronsberg von einem Planer der Stadt Hannover (Planungsgruppe Weltausstellung) mit anschließender Diskussion

3. Bürgerforum Kronsberg:

- Bericht der Arbeitsgruppen
- Bericht des Trägervereins Bürgerforum Bemerode/Kronsberg e. V.

- Vorstellung des Entwurfs durch den 1. Preisträger vom freiraumplanerischen Realisierungswettbewerb Quartierparks Kronsberg